



Seltener Anblick. Die früher in Deutschland weitverbreiteten Rebhühner könnten ein Opfer der intensivierten Landwirtschaft werden.

Foto: Imago

## „Rebhühner sind bald ausgestorben“

Ornithologe Peter Berthold über den drohenden Verlust vieler Vogelarten – und über Gegenmaßnahmen

Vögel sind Gradmesser der Umweltqualität. Wo es den Vögeln gut geht, ist es auch für den Menschen gut zu leben. Aber die Vogelwelt ist in Gefahr. Der Ornithologe Peter Berthold warnt vor dem Verschwinden unserer Vögel. In seinem Buch „Unsere Vögel. Warum wir sie brauchen und wie wir sie schützen können“ (Ullstein, Berlin 2017) zeigt er Wege zu ihrer Rettung auf.

Herr Professor Berthold, in Ihrem Buch berichten Sie von einer dramatischen Abnahme des heimischen Vogelbestandes. Sind bereits Arten ausgestorben?

Wir haben seit 1800 etwa 80 Prozent der Vögel verloren. Wo früher 100 Vögel umherflogen und sangen, sind es heute nur noch 20. Eine Reihe von Arten ist auch schon ausgestorben. Hatten wir früher 268 Brutvogelarten, sind es heute nur noch 258. Weder der Steinsperling noch die Blaurocke oder der Schlangenadler brüten mehr bei uns. In Zukunft wird die Liste der gefährdeten Vogelarten noch länger werden.

Um welche Arten fürchten Sie?

Dem Rebhuhn, von dem einst rund zehn Millionen Exemplare bei uns lebten, steht das Aussterben unmittelbar bevor. Dasselbe gilt für den Seggenrohrsänger. An Belgien können wir sehen, was uns droht. Es ist das Land Europas mit den höchsten Artenverlusten. Da ist bereits das Braunkehlchen ausgestorben, ebenso die Bekassine. In manchen Nachbarländern werden sie vielleicht noch länger vorkommen. Die Bekassine zum Beispiel brütet nach wie vor in Polen und in den skandinavischen Ländern. In Deutschland aber stehen diese Arten an der Schwelle des Aussterbens.

Das Nachbarland Schweiz beklagt, im 21. Jahrhundert bereits drei Brutvogelarten verloren zu haben. Nach Einschätzung der dortigen Vogelwarte befindet sich die Schweizer Vogelwelt im Umbruch. Gilt das für ganz Europa?

Umbruch ist ein beschönigender Ausdruck. Ich würde eher von Zusammenbruch sprechen. Von den 80 Prozent Vögeln, die wir seit 1800 weniger haben, verloren wir 15 Prozent im Zeitraum bis

ungefähr 1955/60. 65 Prozent verschwanden in den letzten 50 Jahren, wobei wir die größten Verluste in den vergangenen 20 Jahren verzeichnen. Das heißt, der Rückgang der Vögel beschleunigt sich. Wenn sich das fortsetzt, gibt es in zehn Jahren noch einmal zehn Prozent Vögel weniger. Dann haben wir nur noch einen bescheidenen Rest.

Wo liegen die Ursachen für diesen dramatischen Rückgang?

Die industrielle Landwirtschaft lässt Vögeln kaum noch eine Chance. Sie führt zur Zerstörung von Biotopen und einer Abnahme des Nahrungsangebots. Wenn Wiesen gemäht werden, bevor es bei den Blumen zur Samenbildung kommt, verlieren Rebhühner, Goldammer und Sperlinge ihre Nahrung. Auf den Getreidefeld-



**PETER BERTHOLD** war Direktor am Max-Planck-Institut für Ornithologie und der Vogelwarte in Radolfzell. Er ist Verfasser des Standardwerks „Vogelzug“.

dern bleibt durch den dichten Aufwuchs zwischen den Halmen kein Platz für Lerchen, Wachteln und andere Feldvögel. In den Städten stellen Hauskatzen eine Bedrohung dar. Man muss einen Verlust von 30 Millionen Vögeln pro Jahr annehmen. Studien ergaben, dass allein die Anwesenheit von Katzen die Altvögel vom Füttern der Jungen abhält.

Kommen nicht aber auch Vögel herzu, die bisher nicht hier lebten?

Wir haben Neuzugänge. Die Kanadagans, die Rostgans und die Nilgans sind gekommen. In Mecklenburg-Vorpommern brütet neuerdings der Nandu. Darum wird die Liste der in Deutschland brütenden Vogelarten jedes Jahr länger. Manche veranlasst dieses Paradoxon zu der irrigen Annahme, die Vogelwelt sei gar nicht gefährdet. Zählt man jedoch diese neuen Individuen zusammen, kommt man auf nicht einmal 100 000 Vö-

gel. Mehr als ein paar interessante Farbtupfer am Himmel sind das nicht.

Nun gibt es in Europa 27 000 Naturschutzgebiete, davon über 8000 in Deutschland. Sind sie für Vögel nicht hilfreich?

Die Naturschutzgebiete bedecken vier Prozent der Landesfläche Deutschlands. Aber sie erfüllen ihre Aufgaben, die Natur nachhaltig zu schützen, überhaupt nicht. Sie sind zu klein, liegen zu weit auseinander und werden vor allem nicht ausreichend geschützt. Es gilt für sie immer nur eine Teilschutzverordnung. So ist es zwar verboten, Orchideen auszureißen oder Wiesen öfter zu mähen. Aber es darf der Wald genutzt werden, und auch die landwirtschaftliche Nutzung wird weitgehend beibehalten. Sogar Freizeitaktivitäten sind erlaubt. Meist erkennt man nur an der Naturschutzgebietstafel, dass es sich um ein Naturschutzgebiet handelt.

Würden Sie sagen, dass der Naturschutz in Deutschland die Vögel vernachlässigt?

Die Verwaltungsfachleute und Juristen in unseren Naturschutzbehörden besitzen kaum Kenntnisse von Biologie oder Ökologie. Sie betreiben immer noch den Käseglöckchen-Naturschutz des 19. Jahrhunderts. Wenn sie etwa vom Rückgang des Rotkopfwürgers erfahren, suchen sie nach Gegenmaßnahmen, wie die Förderung von Steinobst. Sie erkennen nicht, dass Klimaerwärmung, die veränderten Zusammensetzungen von Ökosystemen und anderes ein solches Problem der statischen Betrachtung entziehen. Gewisse Vogelarten wie das Auerhuhn werden wir bei uns nicht halten können.

Das heißt, wir müssen das Aussterben oder Abwandern gewisser Vogelarten hinnehmen?

Im Schwarzwald haben wir noch eine Population von ungefähr 600 Auerhühnern. Aber durch Klimaerwärmung und Stickstoffeintrag wächst ihnen der Wald zu. Man müsste ihn 300 Meter anheben, um wieder in Klimabereiche wie um 1900 zu gelangen. Gewaltige Anstrengungen zu unternehmen, um diese Vögel im Schwarzwald zu erhalten, wäre fehl am Platz. Dafür werden andere Vogelarten

einwandern. Wenn die Fichten sterben, was durch die Klimaerwärmung zu erwarten ist, werden im Raum von Baden-Baden bis Hornisgrunde hinauf Halsbandsittiche in den dünnen Bäumen brüten.

Sie haben 2004 die Aktion „Jeder Gemeinde ihr Biotop“ ins Leben gerufen. Kann damit der Bestand an Vögeln gesteigert werden?

Wir nehmen aus den Gemeindeflächen zehn Prozent heraus. Darauf gestalten wir ein naturnahes Gebiet: Wir legen Tümpel, Teiche und Gräben an und pflanzen Hecken und Bäume. Das lockt die noch vorhandenen Vögel an. Sie wandern hinein und brüten. In der Folge kann man feststellen, dass die Bestände sich schnell wieder erholen. Das macht uns Hoffnung.

Könnte aus den einzelnen Biotopen einmal ein zusammenhängendes Biotop-Gebiet werden?

Das ist die Idee des Biotopverbands. Wenn wir alle zehn Kilometer neue Naturoasen aus Menschenhand haben, wie den Heinz-Sielmann-Biotop am Bodensee, ergibt sich der Biotopverbund von selbst. Entfernungen von zehn Kilometern können nicht nur Vögel und Libellen, sondern auch Amphibien und Fische überbrücken. Da brauchen wir nicht einmal Fahrstraßen. Das wäre meine Idealvorstellung.

Zukünftig werden noch mehr Menschen in Städten leben. Wie bewerten Sie das?

Möglicherweise ist das einer der Wege, der uns vor einem Zusammenbruch der Artenvielfalt bewahren kann. Die großen Städte werden im Laufe der Zeit zusammenwachsen. Frankfurt am Main und das Ruhrgebiet könnten einen urbanen Raum bilden mit einer weiteren Achse nach Rotterdam. Paradoxerweise haben wir in den Städten mittlerweile mehr Vögel als auf dem vollständig ausgeräumten Land. In Berlin etwa, der vogelreichsten Stadt Deutschlands, brüten nahezu 150 Vogelarten. Das sind beinahe zwei Drittel aller in Deutschland brütenden Arten. Es wäre also wünschenswert, in den Städten so viel Grün wie möglich einzurichten.

— Die Fragen stellte Ruth Renée Reif.

## Gesucht: Sorbische Lehrkräfte

Universität Leipzig will Nicht-Muttersprachlern das Studium der Sorabistik ermöglichen

„Ich wollte schon immer Lehrerin werden“, sagt Božena Hoyer. Die 23-Jährige studiert im 6. Semester Sorabistik an der Universität in Leipzig. Ihre Muttersprache ist Sorbisch, erst im Kindergarten und in der Schule hat sie Deutsch gelernt. Die junge Frau, die drei Brüder hat, ist sehr heimatverbunden, fährt oft nach Hause nach Jeřnitz in der Nähe von Bautzen. Es gibt viele Traditionen und Feiern, zum Beispiel das Maibaumwerfen. In Leipzig leben viele sorbische Studentinnen und Studenten gemeinsam auf einer Etage in einem Wohnheim. Die meisten von ihnen kennt Božena Hoyer von früher, zum Beispiel vom Gymnasium in Bautzen.

Das Institut für Sorabistik (Institut za sorabistiku) ist einmalig in Deutschland und existiert seit den fünfziger Jahren an der Universität in Leipzig. Dort ist das Institut eins der kleineren: Es gibt etwa 40 Studierende in allen Jahrgängen, 4,5 Stellen für Lehrkräfte und eine Sekretariats-Halbzeitstelle. Studieren kann man hier Ober- und Niedersorbisch auf Lehramt für die spätere Arbeit an Grund- und Mittelschulen und an den beiden Gymnasien in Bautzen und in Cottbus. Außerdem bildet das Institut Nachwuchs in der sorabistischen Forschung aus, in der Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaft.

In Brandenburg lernen momentan gut 1600 Schüler Sorbisch, auch Wendisch genannt, in Sachsen noch knapp 2500. Hier hat sich die Zahl der Kinder mit Sorbisch als Muttersprache in den vergangenen 20 Jahren etwa halbiert. Bei der Deutschen Unesco-Kommission ist Sorbisch als gefährdet eingestuft.

Rund 100 Lehrer und Schulleiter an den sorbischen Bildungseinrichtungen gehen bis 2025 in den Ruhestand, eine lange absehbare Entwicklung, die jetzt zu Problemen führt. Es gibt nicht genügend Nachwuchs. Eduard Werner, geschäftsführender Direktor am Institut für Sorabistik: „Das ist eine Facette der Kurzsichtigkeit in der Bildungspolitik, Minderheiten trifft es immer zuerst.“ Jahrelang sei zu wenig investiert worden, das räche sich nun.

Im Wesentlichen kommen die Studentinnen und Studenten von den beiden sorbischen Gymnasien, dem niedersorbischen in Cottbus und dem obersorbischen in Bautzen. Das sind drei bis vier künftige Lehrerinnen und Lehrer pro Jahrgang, zu wenig bei den vielen Lehrkräften, die in Ruhestand gehen. Deshalb wurde jetzt beschlossen, dass auch sogenannte Null-Sprachler das Studium der Sorabistik aufnehmen können. Also Leute, die kein Wort Sorbisch sprechen. Auch Bewerber mit Tschechisch- oder Polnischkenntnissen kommen infrage.

Die beiden sorbischen Sprachen unterscheiden sich gravierend, in etwa wie Nie-

derländisch und Deutsch. Man versteht ein bisschen etwas, aber mehr auch nicht. Obersorbisch wird in der Bautzener Gegend gesprochen, von den Leipziger Studenten meistens als Muttersprache. Niedersorbisch lernen viele an der Schule, vor allem am Gymnasium in Cottbus. Am Institut in Leipzig wird beides gelehrt.

Dass Null-Sprachler das Studium aufnehmen, ist an sich kein Problem, das gibt es bei anderen Sprachen auch. Zum Schluss steht immer die perfekte Sprachbeherrschung. Aber es bedarf mehr Lehrkräften, denn natürlich ist es ein Unterschied, ob jemand Sorbisch als Muttersprache spricht oder an der Schule als Zweitsprache erworben hat oder eben nicht.

Institutsleiter Eduard Werner hat selbst zunächst in Bonn Slawistik und Indogermanistik studiert und sich dann auf Sorbisch spezialisiert. Zu Hause in Leipzig spricht er mit den Kindern Sorbisch, seine Frau, eine Litauerin, spricht mit ihnen in ihrer Muttersprache.



Muttersprache Sorbisch. Lehramtsstudierende wie Božena Hoyer werden immer rarer. Foto: Heidrun Böger/FOTO\_HINWJ

Klar ist, Null-Sprachler brauchen mehr Zeit fürs Studium, Zeit, um die Sprache überhaupt erst einmal zu erlernen. Das Institut seinerseits benötigt mehr Lehrkräfte. Das ist auch eine politische Entscheidung. Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange war mit ihrer brandenburgischen Amtskollegin Martina Münch (beide SPD) vor Kurzem am Institut in Leipzig. Versprochen wurde vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst eine auf drei Jahre angelegte halbe Stelle für obersorbische Sprachpraxis, das wären zwölf Wochenstunden. Eduard Werner hofft, dass es damit schon ab Oktober losgeht.

HEIDRUN BÖGER

Mehr im Internet: <https://sorb.philol.uni-leipzig.de>

## Programm für Bildungsforschung

Wie gelingt es, allen Menschen in Deutschland die gleichen Chancen auf gute Bildung zu ermöglichen? Wie können Bildungseinrichtungen mit wachsender Vielfalt in der Gesellschaft umgehen? Fragen wie diese sollen unter dem Dach des neuen Rahmenprogramms „Empirische Bildungsforschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erforscht werden. Es löst das bisherige Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung nach einer etwa zehnjährigen Laufzeit ab. Für die ersten fünf Jahre sollen 250 Millionen Euro zur Verfügung stehen, teilte das BMBF am Montag mit.

Vier Handlungsfelder stehen im Mittelpunkt des neuen Rahmenprogramms: Forschung zur Verbesserung der Bildungsge-

rechtigkeit, zum Umgang mit Heterogenität in den Bildungseinrichtungen, zur Nutzung und Gestaltung von technologischen und digitalen Entwicklungen sowie zur Verbesserung der Qualität des Bildungssystems. Dabei soll jede Lebens- etappe in den Blick genommen werden – in der formalen Bildung in Kitas, Schulen, Universitäten, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, in der Erwachsenenbildung ebenso wie non-formale und informelle Bildungsprozesse.

Ein wichtiges Ziel des neuen Programms ist laut BMBF der Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis. Deshalb sollte der Kooperation von Akteurinnen und Akteuren aus der Bildungsforschung mit Vertretern der Bildungspraxis ein hoher Stellenwert zukommen. Tsp

## NACHRICHTEN

### Bildungsforscherin kritisiert Flickenteppich bei Kita-Gebühren

Bundesweit einheitliche und verbindliche Regelungen bei Kita-Gebühren fordert die Bildungsforscherin Katharina Spielf. In einem Beitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ kritisierte die Leiterin der Abteilung „Bildung und Familie“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine soziale Schieflage, einen Flickenteppich von unterschiedlichsten Regelungen sowie eine zu geringe Qualität der Kitas für unter Dreijährige. Gut verdienende Eltern sollten höhere Beiträge zahlen; untere Einkommensgruppen sollten entlastet werden. Die Potenziale der frühen Bildung würden in Deutschland nicht ausgeschöpft, schreibt Spielf. Den Ausbau der Kita-Plätze hätten vor allem Kinder aus bildungsnahen Schichten genutzt; Kinder aus eher bildungsferneren Schichten, die besonders vom Kita-Angebot profitieren könnten, seien unterrepräsentiert. KNA

## Den Doktor stärken

Die Wissenschaftsakademien fordern, die Qualität von Promotionen zu sichern. Vor allem in der Medizin müsse sich etwas ändern

Den Dr. med. sollen nur diejenigen Mediziner tragen dürfen, die eine mehrjährige Forschungsarbeit abliefern – alle anderen erhalten dagegen einen „Medical Doctor“ als akademischen Grad. Diesen Vorschlag hat unter anderem der Wissenschaftsrat wiederholt gemacht. Damit soll die Qualität der medizinischen Promotionen verbessert werden. Denn viele Arbeiten sind kurz und wenig erkenntnisreich. Dass fast 80 Prozent der Studierenden eine Promotion schreiben – und dies meistens parallel zum Studium –, trägt maßgeblich zu dem Problem bei.

Bisher haben die Mediziner Reformen aber regelmäßig abgewehrt. Jetzt spricht sich auch die Union der deutschen Wissenschaftsakademien für die Einführung eines „Medical Doctor“ als akademi-

schen Grad aus. Die Mediziner müssten endlich „zielführende Reformen der Disziplinarpraxis anregen“, heißt es in einer am Montag veröffentlichten Stellungnahme der Unionsakademien, die sich insgesamt mit dem Thema „Promotionen im Umbruch“ befasst. Angesichts steigender Zahlen von Promovierenden und zahlreicher Herausforderungen – genannt werden etwa Noteninflation, die Erosion wissenschaftlicher Standards oder die Tendenz zur Verschulung – müsse die Qualität von Doktorarbeiten in allen Fächern gesichert werden.

Für die Medizin solle die Promotion künftig mehrjährig und womöglich parallel zur Facharztzubereitung angelegt sein – eine wissenschaftliche Arbeit, deren Wertigkeit höher als bisher liegen würde.



Untersucht. Der Dr. med. muss höherwertig werden, fordern die Akademien. Foto: Imago

Für den regulären Studienabschluss würde die internationale Bezeichnung „MD“ („Medicinae Doctor“ beziehungsweise „Medical Doctor“) eingeführt.

Für andere Fächer lehnen die Unionsakademien ein solches „Berufsdoktorat“ allerdings ab – auch wenn ebenfalls Handlungsbedarf gesehen wird. Insbesondere in Jura und in den Wirtschaftswissenschaften müssten die Standards für Promotionen vereinheitlicht werden. Für alle Fächer schlägt das Papier verbindliche Betreuungsvereinbarungen, die frühe Wahl eines zweiten Betreuers – möglichst von außen – sowie mehr Transparenz bei der Notenvergabe vor. Die Akademien appellieren an die Politik, Doktorarbeiten nicht rein als dritte Ausbildungsphase im Studium zu verste-

hen: „Die mentorenbegleitete Individualpromotion darf nicht verdrängt werden.“

Und wie sieht es mit dem Promotionsrecht für Fachhochschulen aus? Bevorzugt werden „kooperative Promotionen“ zwischen Unis und FHs, bei denen die Uni die Federführung hat. Ein „autonomes“ Promotionsrecht für FHs lehnen die Akademien ab. Dass jetzt mancherorts einzelne FH-Fachbereiche das Promotionsrecht erhalten, wird auch kritisch gesehen. Um eine richtig klare Stellungnahme windet sich das Papier an diesem Punkt aber herum. Es werde empfohlen, ein „wissenschaftsgeleitetes Verfahren zu Fragen des Promotionsrechts“ für FHs zu etablieren, heißt es vielmehr: Der Wissenschaftsrat müsse daran beteiligt werden.

TILMANN WARNECKE